

# Klößner: Hunsrückbahn kommt nicht

**NEUJAHRSEMPFANG** CDU-Landesvorsitzende Julia Klößner kritisiert in Daxweiler Flüchtlingspolitik der rot-grünen Landesregierung

Von Norbert Krupp

## DAXWEILER / STROMBERG.

Mit Rücksicht auf den Terminkalender der CDU-Landesvorsitzenden Julia Klößner, die eine Einladung von Kardinal Karl Lehmann wahrnehmen wollte, wagten die Christdemokraten in der Verbandsgemeinde Stromberg das Experiment, die Treue ihrer Mitglieder auf die Probe zu stellen: Sie luden für Samstag um 9.30 Uhr zum Neujahrsempfang ins Gasthaus Fennel in Daxweiler ein. Und siehe da, der Gesellschaftsraum füllte sich trotz ungewöhnlicher Stunde mit vielen Mitgliedern, die sich darauf freuten, im Anschluss an die Reden gemeinsam zu frühstücken. Experiment gelungen.

Die CDU-Landesvorsitzende glaubt nicht daran, dass die Hunsrückbahn je reaktiviert wird, nachdem sie dazu widersprüchliche Aussagen aus der SPD gehört hat. Auf Anfrage habe ihr Bahnchef Rüdiger Grube bestätigt, dass ihm aus

» Wir müssen deutlicher rüberbringen, wer die Politik macht in der Verbandsgemeinde. «

HELMUT HÖNING, Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes

Rheinland-Pfalz keine Anfrage vorliege, ob und wie dieses Vorhaben finanziert werden könnte. Die Bahn verfolge keine Reaktivierungspläne, glaubt Klößner, und die Landesregierung habe dies – „ehrlich gesagt“ – auch nicht vor. Nur

bei genug Haltepunkten ginge davon eine positive Wirkung für die Gemeinden an der Strecke aus, aber dadurch nähme dann die Fahrtzeit zu.

Klößner kritisierte die Flüchtlingspolitik der rot-grünen Landesregierung: Rheinland-Pfalz verzichte darauf, nicht anspruchsberechtigte Asylbewerber, zum Beispiel Serben, zur Ausreise zu bewegen. „Es kann nicht sein, dass die Landesregierung niemanden zurückschickt, aber die Menschen an die Kommunen weiterreicht.“ Während Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz nur 515 Euro pro Flüchtling für Gesundheitsvorsorge, Unterbringung, Kleidung und Ernährung bekommen, zahlt Baden-Württemberg 1700 Euro pro Kopf, um die Kosten der Kommunen auszugleichen, gab Klößner zu bedenken.

## Pressefreiheit verteidigt

Die jüngsten Terroranschläge in Paris nahm Klößner zum Anlass, zur Verteidigung von Meinungs- und Pressefreiheit aufzurufen. In einer Demokratie könne man sich gegen falsche oder geschmacklose Darstellungen mit Worten und juristisch wehren, aber niemals mit Gewalt. „Die Sicherheitslage war noch nie so ernst wie jetzt, aber Deutschland ist eines der sichersten Länder“, ist die CDU-Chefin überzeugt. Allerdings weise die Polizei in Rheinland-Pfalz mehr als eine Millionen Überstunden aus, die nach Meinung der Landesregierung durch Urlaub abgebaut werden sollen. Doch da-



Die CDU-Landesvorsitzende Julia Klößner (links stehend) und CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender Helmut Höning (rechts stehend) informierten ihre Parteifreunde beim Neujahrsempfang in Daxweiler über aktuelle politische Entwicklungen. Foto: Norbert Krupp

durch entstanden neue Überstunden. „Die Bettdecke ist zu kurz –, wo sie ziehen, hat eine kalte Fuß“, verdeutlichte Klößner.

Die CDU-Landesvorsitzende sprach sich erneut für ein Verbot der Vollverschleierung aus, weil die Vollverschleierung kein Ausdruck des Islams, sondern politische Strategie zur Unterdrückung der Frauen sei. Außerdem müsse man in einer offenen Gesellschaft seinem Gegenüber ins Gesicht schauen können, sagte Klößner. Gleichzeitig warnte sie davor,

pauschal gegen den Islam oder Muslime zu sein. „Aber wir müssen auch ansprechen, wie unsere Spielregeln sind. Und da kann es keinen religiösen oder kulturellen Rabatt drauf geben.“

## Zwei Sitze verloren

Helmut Höning, der Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbandes, erinnerte an die Kommunalwahl, bei der die CDU kein schlechtes Ergebnis erzielt habe: „Jedem von uns war klar, dass durch das Auftreten

von zwei Wählergruppen Stimmen wegfallen würden.“ Dass man nur zwei Sitze im VG-Rat verloren habe, sei gemessen daran ein gutes Ergebnis. „Wir müssen deutlicher rüberbringen, wer die Politik macht in der Verbandsgemeinde“, appellierte Höning mit Verweis auf richtungweisende Anträge, die die CDU eingebracht habe.

Zum Regionalen Raumordnungsplan merkte Höning an, dass es für ihn unerklärlich sei, dass das Denken in den Mainzer Ministerien offenbar an

der Grenze des Kreises Mainz-Bingen aufhöre: Die Stadt Stromberg und die Ortsgemeinden in der VG Stromberg hätten ein Recht auf Selbstbestimmung und Entwicklung von Wohnraum – dies dürfe nicht in Amtsstuben entschieden werden. Die Grundlagen für die Stärken der Verbandsgemeinde wie das Gewerbegebiet Waldaubersheim sowie die IGS und das Einkaufszentrum in Stromberg seien in Zeiten von CDU-Bürgermeister Achim Schöffel geschaffen worden, erinnerte Höning.